

Zersiedelungsinitiative
Waisenhausplatz 21 • 3011 Bern
info@zersiedelung-stoppen.ch
www.zersiedelung-stoppen.ch
PC 30-38719-2



Bern, 08.01.2019

Einladung Pressekonferenz

Geschätzte Medienschaffende

Gerne präsentiert die überparteiliche Abstimmungsallianz «Ja zur Zersiedelungsinitiative» ihre Argumente. Auch die Kampagne für die Abstimmung vom 10. Februar wird vorgestellt.

Datum: 8. Januar, Beginn 10:00 Uhr

Ort: Medienzentrum Bundeshaus, Bundesgasse 8-12, 3003 Bern

Teilnehmer*innen:

Luzian Franzini, Co-Präsident Zersiedelungsinitiative, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz

Bastien Girod, Dr. sc. dipl., Umwelt-Natw. ETH/ Forscher, Nationalrat Grüne ZH,
Mitglied Kommission UREK-N

Thomas Hardegger, Nationalrat SP ZH, Gemeindepräsident (2006-2018), Vizepräsident Hausverein,
Vorstand Wohnbaugenossenschaften Schweiz

Lisa Mazzone, Nationalrätin Grüne GE, Vizepräsidentin VCS

Kevin Morisod, Co-Präsident Zersiedelungsinitiative, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz

Markus Schwegler, Vorstand Kleinbauern-Vereinigung, Bio-Landwirt

Luzian Franzini, Tel. 079 781 77 36

Kevin Morisod, Tel. 078 623 70 46

Das ausführliche Argumentarium kann unter
www.zersiedelung-stoppen.ch/argumentarium heruntergeladen werden.

Zersiedelung
stoppen

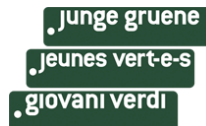
JA

Klug bauen

Abstimmungsallianz

Die Initiative wurde von den Jungen Grünen gestartet und wird heute von einem breiten Bündnis von Parteien und Verbänden getragen. Auch die Umweltallianz, bestehend aus WWF, Pro Natura, Greenpeace und VCS, hat die Initiative in der parlamentarischen Debatte zur Annahme empfohlen. Die Trägerschaft wächst ständig.

Hauptträger:



Partner:



Folgende Organisationen empfehlen ebenfalls ein Ja zur Zersiedelungsinitiative:

WWF Schweiz, Schweizer Heimatschutz, EVP Schweiz, Ecopop, Architektur Forum Touringhaus Solothurn, Lebendige Oltner Nachbarschaft (LeONa), Naturraum Oberer Sempachersee, Junge SVP Genf, Junge CVP Kanton Solothurn, Pro Halbinsel Horw, Pro Sempachersee, Umweltforum Köniz, Verein Kulturlandschutz Region Bern, Verein Solothurn Masterplan



Zitate aus Pressekonferenz

«Jeden Tag wird in der Schweiz eine Fläche von 8 Fussballfeldern verbaut. Wir möchten in 30 Jahren keine zugebaute, versiegelte und graue Schweiz haben. Nur mit einem Ja können wir unsere Lebensgrundlagen und unser Kulturland schützen.»

Luzian Franzini, Co-Präsident Zersiedelungsinitiative, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz

«Seit Annahme des Raumplanungsgesetzes (RPG) wird ungefähr gleich ineffizient gebaut wie vorher. Der Bodenverbrauch ist gleich weitergegangen. Nur die Initiative stellt sicher, dass die Bauzonen nicht weiterwachsen und effizient mit dem Boden umgegangen wird.»

Bastien Girod, Dr. sc. dipl., Umwelt-Natw. ETH/ Forscher, Nationalrat Grüne ZH, Mitglied Kommission UREK-N

«Mit der Zersiedelungsinitiative wird die Entwicklung einer modernen Stadtplanung gefördert. Eine hohe Lebensqualität für alle und die Erhaltung unserer Böden werden gewährleistet.»

Kevin Morisod, Co-Präsident Zersiedelungsinitiative, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz

«Zu unserer Lebensgrundlage Boden müssen wir alle Sorge tragen und jetzt Verantwortung übernehmen. Die Zersiedelungsinitiative bietet endlich wirksame Massnahmen zum Schutz unseres Bodens und dient damit der Schweizer Landwirtschaft.»

Markus Schwegler, Vorstand Kleinbauern-Vereinigung, Bio-Landwirt

«Nur mit einem Einzonungsmoratorium werden Bundesrat und Parlament gezwungen, die notwendigen Instrumente zu schaffen, die Kulturland und naturnahe Landschaften schützen.»

Thomas Hardegger, Nationalrat SP ZH, Gemeindepräsident (2006-2018), Vizepräsident Hausverein, Vorstand Wohnbaugenossenschaften Schweiz

«Der massive Mehrverkehr der letzten Jahre lässt sich mit der Zersiedelungsinitiative reduzieren. Ein Ja ist entscheidend für den Klimaschutz»

Lisa Mazzone, Nationalrätin Grüne GE, Vizepräsidentin VCS

Redetext, Luzian Franzini



Am 10. Februar stimmen wir über die Zersiedelungsinitiative ab, sie wurde im Jahr 2016 eingereicht und wird von einer breiten Allianz mitunterstützt. Die Problemlage ist akut: Jeden Tag wird in der Schweiz eine Fläche von 8 Fussballfeldern verbaut, jede Sekunde geht ein Quadratmeter Grünfläche verloren.

Mit der Volksinitiative «Zersiedelung stoppen, für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» sollen die Lücken in der bestehenden Raumplanungsgesetzgebung geschlossen werden. Mit der Initiative wird eine weitere Ausdehnung der Bauzonen in der Schweiz verhindert. Das heisst aber nicht, dass die Bauzonen eingefroren werden. Dank des Kompensationsmechanismus können die Bauzonen dorthin verschoben werden, wo sie gebraucht werden. Die bestehenden Baulandreserven von 400 Quadratkilometern können für die weitere bauliche Entwicklung der Schweiz genutzt werden. Des Weiteren will die Initiative dem Bundesrat die gesetzliche Grundlage für die Förderung von nachhaltigen Quartieren in die Hand geben. Qualitativ hochwertiger Wohnraum und ökologische Wohnweise soll noch besser in Einklang gebracht werden. Die Initiative will zudem moderate Aufstockungen ermöglichen und das Bauen ausserhalb der Bauzonen auf die benötigten landwirtschaftlichen und standortgebundenen Bauten und Anlagen zu beschränken.

Kurz zusammengefasst: Das heutige Raumplanungsgesetz weist entscheidende Lücken auf und genügt nicht, um die Zersiedelung zu stoppen. Mit der Initiative werden zum einen die Grünflächen geschützt und zum anderen ein nachhaltiger und effizienterer Umgang mit den heutigen Baulandreserven ermöglicht. Die Zersiedelungsinitiative will Grünflächen auf die gleiche Art und Weise schützen wie auch der Wald schon seit mehr als 100 Jahren geschützt wird. Mit der Initiative wird hochwertiger, bezahlbarer Wohnraum an den richtigen Orten ermöglicht, unnötige Bürokratien für nachhaltige Quartiere werden abgebaut. Die Initiative bedeutet keinen Baustopp. Bauen ist in Ordnung, aber eben nicht überall. Die aktuelle Entwicklung, aufgrund derer 70 000 Wohnungen am falschen Ort stehen und daher leer sind, soll nicht so weitergehen. Eine produzierende Schweizer Landwirtschaft braucht Land und soll erhalten werden.

Nebst den heute hier anwesenden Parteien und Organisationen wird die Initiative von weiteren Organisationen wie Pro Natura, WWF oder BioSuisse unterstützt. Unterstützung kommt von links und rechts: Nicht nur die SP hat praktisch einstimmig die Ja-Parole gefasst sondern auch eine immer grössere Anzahl bürgerlicher Kantonspolitiker*innen unterstützt das Anliegen. Auch die ersten Umfrageergebnisse lassen darauf schliessen, dass die Initiative im konservativen Umfeld grosse Unterstützung geniesst. Der Schutz unseres Kulturlandes ist keine Frage von links oder rechts, keine Frage der städtischen oder ländlichen Bevölkerung und sicherlich auch keine Frage der Parteizugehörigkeit. Unabhängig des persönlichen Hintergrundes entspricht es schlicht und einfach dem gesunden Menschenverstand, dafür zu sorgen, dass wir in 30 Jahren keine zugebaute, versiegelte und graue Schweiz haben, sondern unsere eigenen Lebensgrundlagen und das Kulturland schützen.

Wir sind davon überzeugt, dass sich die Bevölkerung nicht von der Millionenkampagne der Bau- und Wirtschaftslobby einlullen lässt, sondern sich intensiv mit den Fakten auseinandersetzen wird. Und diese sprechen eindeutig für unsere Initiative. Wir lassen uns die Zukunft nicht verbauen!

Luzian Franzini

Le 10 février, nous voterons sur l'initiative Stop Mitage, qui a été présentée en 2016 et est soutenue par une large alliance. Le problème est grave : chaque jour en Suisse, une surface de 8 terrains de football est construite, chaque seconde, un mètre carré d'espace vert est perdu. L'initiative populaire "Stop à l'étalement urbain, pour un développement durable du milieu bâti" vise à combler les lacunes de la législation existante en matière d'aménagement du territoire. L'initiative empêchera l'extension des zones à bâtir en Suisse. Cela ne signifie pas pour autant que les zones de à bâtir soient gelées. Grâce au mécanisme de compensation, les zones à bâtir peuvent être déplacées là où elles sont nécessaires. Les 400 kilomètres carrés de réserves de terrains à bâtir peuvent être utilisées pour la poursuite du développement structurel en Suisse. En outre, l'initiative vise à fournir au Conseil fédéral la base juridique pour la promotion des quartiers durables. Des espaces de vie de haute qualité et un mode de vie écologique pourraient être ainsi mieux harmonisés. L'initiative vise également à permettre des augmentations modérées et à limiter la construction à l'extérieur des zones à bâtir aux bâtiments d'utilité publique et installations agricoles dont la localisation est nécessaire hors zones à bâtir.

En un mot : La loi actuelle sur l'aménagement du territoire présente des lacunes considérables et n'est pas suffisante pour enrayer l'étalement urbain. L'initiative permettra, d'une part, de protéger les espaces verts et, d'autre part, d'utiliser de manière durable et plus efficace les réserves actuelles de terrains à bâtir. L'initiative Stop Mitage vise à protéger les espaces verts de la même manière que les forêts sont protégées depuis plus de 100 ans. L'initiative permettra de fournir des logements abordables de grande qualité aux bons endroits et de réduire les formalités administratives inutiles pour les quartiers durables. L'initiative ne signifie pas l'arrêt de la construction. Construire, c'est bien, mais pas partout. Le développement actuel, qui s'est traduit par 70.000 appartements mal situés qui sont donc vides, ne devrait pas se poursuivre. Une agriculture suisse productrice a besoin de terres qui se doivent d'être protégées

Outre les partis et organisations présents ici aujourd'hui, l'initiative est soutenue par d'autres organisations telles que Pro Natura, le WWF et BioSuisse. Le soutien vient de la gauche et de la droite : non seulement le PS a approuvé à la quasi-unanimité le oui, mais un nombre sans cesse croissant de politiciens cantonaux soutiennent la cause. Les premiers résultats de l'enquête suggèrent également que l'initiative bénéficie d'un fort soutien au sein d'un électorat conservateur. La protection de nos terres cultivées n'est pas une question de gauche ou de droite, ni une question de population urbaine ou rurale et certainement pas une question d'appartenance politique. Indépendamment de nos antécédents personnels, il est tout simplement logique de veiller à ce que, dans 30 ans, nous n'ayons pas une Suisse grise et bétonnée, mais que nous protégions nos propres moyens de subsistance et nos terres cultivées.

Nous sommes convaincus que la population ne se laissera pas bercer par la campagne d'un million de francs du lobby de la construction et des entreprises, mais qu'elle se focalisera sur les faits. Et ceux-ci parlent clairement en faveur de notre initiative. Nous ne laisserons pas l'avenir être bétonné !



Redetext, Bastien Girod

Wieso es diese Initiative braucht, um die Zersiedelung zu stoppen

RPG-Revision schützt nicht vor Zersiedelung: Mit der RPG Revision wurde primär die Problematik der überdimensionierten Bauzonen angegangen.

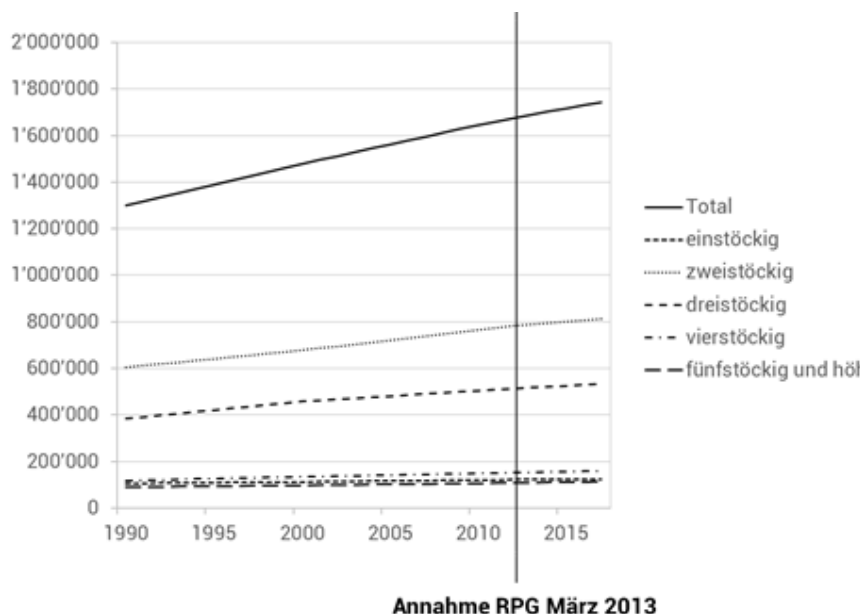
Damit wirkt die Revision vor allem in Kantonen mit solch überdimensionierten Bauzonen, insbesondere im Kanton Wallis. In vielen Mittelland Kantonen, hier wo die Zersiedelung sehr ausgeprägt ist, und das Kulturland in rasantem Tempo einem Siedlungsbrei weichen muss, hier wirkt die RPG Revision kaum. Insbesondere beinhaltet auch das revidierte RPG die Bestimmung, wonach eingezont werden darf, sobald für einen Planungshorizont von 15 Jahren Bedarf von Bauland nachgewiesen werden kann (Art. 15 Bauzonen, 1 Die Bauzonen sind so festzulegen, dass sie dem voraussichtlichen Bedarf für 15 Jahre entsprechen). Mit dem neuen RPG wird in gewissen Kantonen weniger zerstreut gebaut - was erfreulich ist. Das Tempo der Verbauung von Grünflächen, insbesondere im Mittelland geht aber ungebremst weiter.

Initiative ergänzt RPG-Revision: Die Initiative wirft die Umsetzung des RPG (also Richt- und Nutzungsplanung in Kantonen und Gemeinden) nicht über den Haufen, wie von einigen Gegnern behauptet. Diese findet genau gleich statt. Im Gegenteil, die Initiative stellt eine sinnvolle Ergänzung des revidierten RPG dar. Das RPG hilft die bestehenden Bauzonen etwas effizienter zu nutzen. Die Zersiedelung ist damit noch lange nicht gestoppt. Die Gebäudestatistik des Bundesamtes für Statistik zeigt auch keine Auswirkung auf den Anteil ein- und zweistöckiger Gebäude (Grafik 1). Das heisst, es wird seit Annahme des RPG ungefähr gleich ineffizient gebaut wie vorher. Der Bodenverbrauch ist gleich weitergegangen. Nur die Initiative stellt sicher, dass die Bauzonen nicht weiter wachsen und effizient mit dem Boden umgegangen wird.

Grafik 1

Die Entwicklung
der Anzahl
Gebäude vor und
nach der Annahme
des RPG

Quelle: BFS
(2018)



Zudem wird mit der RPG Revision die ungleiche Verteilung von Bauzonen reduziert. Damit wird ein wichtiger Kritikpunkt von der 2007 lancierten, und 2013 zurückgezogenen Volksinitiative der Umweltverbände "Raum für Mensch und Natur" verlangten Bauzonen-Moratorium adressiert.

RPG2-Revision ist keine Alternative: Die geplante RPG2-Revision ist keine Alternative zur Zersiedelungsinitiative. Wenn es im Parlament ernsthafte Mehrheit gegen eine Zersiedelung gäbe, wäre ein Gegenvorschlag zu dieser Initiative erarbeitet worden. Im Gegenteil, das heutige Parlament versucht immer wieder die RPG Bestimmungen aufzuweichen. Es bestehen keine Anzeichen, dass mit der RPG Revision 2 die Zersiedelung in irgendeiner Form eingeschränkt werden könnte.

Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, dass das Bauen ausserhalb der Bauzone weiter vereinfacht wird und somit Verbauung der letzten intakten Grünflächen weiter gefördert wird. Aus diesem Grund ist ein Ja zur Zersiedelungsinitiative umso wichtiger.

Zusammengefasst:

1. Die RPG-Revision hat kaum bis keine Auswirkungen auf die Zersiedelung im Mittelland
2. Die RPG-Revision war eine sinnvolle Vorbereitung für die Initiative indem die Ungleichverteilung der Bauzonen reduziert wurde und Instrumente für eine sinnvolle Verdichtung geschaffen wurde. Nur mit Initiative wird aber die Zersiedelung gestoppt.

Die geplante RPG2 Revision wird die Zersiedelung eben so wenig stoppen wie die RPG1 Revision. Im Gegenteil, ohne Annahme der Initiative ist eine weitere Aufweitung der Bestimmungen für das Bauen ausserhalb der Bauzone und damit eine grössere Zersiedelung zu befürchten.

Bastien Girod

Pourquoi l'initiative Stop Mitage est-elle nécessaire pour arrêter l'étalement urbain?

La révision de la LAT ne protège pas contre l'étalement urbain: La révision de la LAT s'est principalement penchée sur le problème des zones à bâtir surdimensionnées. La révision est donc particulièrement efficace dans les cantons où les zones à bâtir sont surdimensionnées, en particulier dans le canton du Valais. Dans de nombreux cantons du Plateau, où l'étalement urbain est très prononcé et où les terres cultivées doivent céder rapidement la place à une ruée vers les colonies, la révision de la LAT a peu d'effet. En particulier, la LAT révisée contient également la disposition selon laquelle le zonage est autorisé dès que la nécessité d'un terrain à bâtir peut être démontrée pour un horizon de planification de 15 ans (art. 15 Zones à bâtir, 1 Les zones à bâtir doivent être définies de telle sorte qu'elles correspondent au besoin attendu pour 15 ans). Avec la nouvelle LAT, la construction dans certains cantons est moins dispersée, ce qui est réjouissant. Cependant, le rythme de développement des espaces verts, en particulier sur le Plateau, se poursuit sans relâche.

L'initiative complète la révision de la LAT: L'initiative ne jette pas à la poubelle la mise en œuvre de la LAT (c'est-à-dire les plans directeurs et plans d'affectation de zone dans les cantons et les communes) comme certains opposants le prétendent. Au contraire, l'initiative est un complément utile à la LAT révisée. La LAT permet d'utiliser plus efficacement les zones à bâtir existantes. L'étalement urbain est loin d'être terminé. Les statistiques de la construction de l'Office fédéral de la statistique ne montrent pas non plus d'effet sur la proportion de bâtiments de un et de deux étages (graphique 1). Cela signifie que depuis l'adoption de la LAT, il a été construit de manière à peu près aussi inefficace qu'auparavant. La consommation de sol s'est poursuivie au même rythme. Seule l'initiative garantit que les zones à bâtir ne continuent pas à croître et que le sol soit traité efficacement.

De plus, la révision de la LAT réduit la répartition inégale des zones à bâtir. Cela répond à une critique importante du moratoire sur les zones constructibles demandé par les associations environnementales "Raum für Mensch und Natur" (Espace pour l'homme et la nature), qui a été lancé en 2007 et retiré en 2013.

La deuxième révision de la LAT n'est pas une alternative: la deuxième révision prévue de la LAT n'est pas une alternative à l'initiative Stop Mitage. S'il y avait une majorité sérieuse au Parlement contre l'étalement urbain, une contre-proposition à cette initiative aurait été élaborée. Au contraire, le Parlement d'aujourd'hui essaie encore et encore d'assouplir les dispositions de la LAT. Rien n'indique que la deuxième révision de la LAT puisse limiter l'étalement urbain.

Au contraire, il y a un risque que la construction en dehors de la zone à bâtir soit encore simplifiée et que la construction des derniers espaces verts intacts soit encore encouragée. C'est pourquoi il est d'autant plus important de dire oui à l'initiative Stop Mitage.

En un mot ::

1. La révision de la LAT a peu ou pas d'impact sur l'étalement urbain sur le Plateau.
2. La révision de la LAT a été une préparation utile à l'initiative en réduisant la répartition inégale des zones à bâtir et en créant des instruments pour une consolidation utile. Mais ce n'est qu'avec l'initiative que l'étalement urbain pourra être stoppé.

3. La deuxième révision prévue de la LAT mettra aussi peu fin à l'étalement urbain aussi peu que la première révision. Au contraire, si l'initiative n'est pas adoptée, le risque existe d'un nouvel affaiblissement des dispositions relatives à la construction en dehors de la zone à bâtir et donc d'un étalement urbain accru.

Redetext, Kevin Morisod



Die Zersiedelungsinitiative ist eine grosse Chance für die Entwicklung einer modernen Stadt- und Raumplanung, die hohe Lebensqualität mit geringen Auswirkungen auf die Umwelt verbindet.

Die Zersiedelungsinitiative verankert in der Verfassung die Förderung, Entwicklung und den Bau von nachhaltigen Quartieren. Gemeinsam mit dem Kompensationsmechanismus von Bauzonen legt die Zersiedelungsinitiative den Grundstein für das Wohnen des 21. Jahrhunderts.

Nachhaltige Quartiere sind häufig nicht nur architektonische und technische Innovation, sondern auch aus anderen Gründen extrem sinnvoll. Indem mehr Wohnraum pro Quadratmeter Boden entsteht werden Grünflächen erhalten. Nachhaltige Quartiere sind zentral gelegen, was zu kürzeren Distanzen zur Arbeit oder für Freizeitaktivitäten führt. Zusätzlich werden die Integration und das gemeinsame Zusammenleben gestärkt.

Darüber hinaus werden nachhaltige Quartiere, die oft als Wohnungsgenossenschaften organisiert sind, den Zugang zu Eigentum für neue Generationen gewährleisten und eine effektive Lösung für erschwingliche Mieten sein. So entsteht Wohnraum, welcher sich auch Familien leisten können. Wohnungsgenossenschaften bieten im Durchschnitt 15-20% günstigere Mieten im Vergleich zum Rest des Immobilienmarktes, da sie nur auf dem Selbstkostenpreis basieren. (d.h. nur für die Deckung der Bau-, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten). Dadurch haben die Kapitalgewinne des Grundstücks keinen Einfluss auf die Berechnung der Miete. Auf diese Weise vermeiden Wohnungsgenossenschaften Spekulationen auf das Land und schaffen langfristig bezahlbaren Wohnraum.

Nachhaltige Quartiere sind beliebt und ziehen eine grosse Anzahl von Menschen an, wie beispielsweise in Genf, Zürich oder Lausanne. Die Bewohner*Innen schätzen das Leben in einem nachhaltigen Quartier, denn sie können ihre Wünsche und Motivationen und aktiv zur Gestaltung ihres Wohnraumes beitragen.

Heute behindern leider viele Gesetze und Vorschriften die Entwicklung von nachhaltigen Quartieren (Parkplatzpflicht, maximale Dichte, etc.). Mit der Zersiedelungsinitiative können diese Hürden überwunden werden, es ist daher kein Zufall, dass viele Architekt*innen und Städteplaner*Innen die Initiative unterstützen.

Die Zersiedelungsinitiative fördert den Bau von Wohnungen, die an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst sind. Der effizientere und sinnvollere Umgang mit den Bauzonen wird die Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessern. Allein im Jahr 2018 standen über 72'000 Wohnungen leer, obwohl in bestimmten Regionen der bezahlbare Wohnraum sehr knapp ist.

Mit der Zersiedelungsinitiative wird die Entwicklung einer modernen Stadtplanung gefördert. Eine hohe Lebensqualität für alle und die Erhaltung unserer Böden werden gewährleistet.

Kevin Morisod

L'initiative Stop Mitage est une formidable opportunité pour le développement d'un urbanisme moderne alliant haute qualité de vie et faible impact au sol.

En effet, en inscrivant dans la Constitution l'encouragement au développement et à la construction de quartiers durables en parallèle du principe de compensation des zones à bâtir, l'initiative Stop Mitage pose les jalons de l'urbanisation 2.0.

A la pointe de l'innovation architecturale et urbanistique, les quartiers durables permettent de satisfaire plusieurs objectifs simultanément : faible impact au sol, nombreux espaces verts à proximité, logement, travail et loisirs rapprochés les uns des autres, mixité fonctionnelle facilitant la mobilité douce et réduisant le trafic, réseau de transports en commun performant et mixité sociale renforçant l'intégration et le vivre-ensemble.

De plus, les quartiers durables, souvent organisés en coopérative d'habitations, garantiront un accès à la propriété pour les nouvelles générations et seront une solution efficace pour des loyers abordables. En effet, les coopératives d'habitations proposent en moyenne des loyers 15-20% moins chers par rapport au reste du marché immobilier, car ceux-ci sont basés sur le prix coûtant uniquement. (autrement dit uniquement pour la couverture des frais de construction, d'administration et d'entretien). Et donc, les plus-values des terrains n'influencent pas le calcul du loyer. Ainsi les coopératives d'habitation évitent une spéculation sur le sol et créent à long terme un habitat à prix avantageux.

Ces quartiers sont d'ailleurs plébiscités et suscitent un engouement populaire important comme à Genève, Zurich ou Lausanne où les futurs habitants et riverains participent dès les premiers plans de l'écoquartier à faire valoir leurs envies, motivations et besoins.

Toutefois, de nombreuses lois et règlements entravent leur développement (obligation de places de parc, maxima de densité, ...)

L'initiative Stop Mitage servira ainsi de catalyseur à leur implantation ; ce n'est donc pas un hasard si de nombreux architectes et urbanistes soutiennent cette initiative.

Finalement, en encourageant la construction de logements appropriés aux besoins de la population et en répartissant mieux les zones à bâtir sur le territoire, l'initiative Stop Mitage permettra d'éviter la situation aberrante que nous vivons aujourd'hui avec d'une part une explosion du nombre de logements vides (plus de 72'000 en Suisse en 2018) et d'autre part une pénurie de certains types de logements dans certaines régions.

Grâce à l'initiative Stop Mitage, nous encouragerons le développement d'un urbanisme moderne qui garantira une haute qualité de vie pour toutes et tous et la préservation de nos sols.



Um einer weiteren Zersiedelung Einhalt zu gebieten und wertvolles Kulturland zu schützen, braucht es dringend Massnahmen. Was die Revision des Raumplanungsgesetzes bisher nicht liefern konnte, bringt die Zersiedelungsinitiative: Ein wirksames Rezept für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung.

Gesunder Boden ist für uns alle von unschätzbarem Wert und durch nichts zu ersetzen. Neben der Grundlage für die Lebensmittelproduktion bieten Böden noch eine Vielzahl an Ökosystemleistungen beispielsweise bei der Trinkwassergewinnung, beim Schutz vor Naturgefahren wie Hochwasser oder Erdbeben und beim Klimaschutz. Das Nationale Forschungsprogramm "Nachhaltige Nutzung der Ressource Boden" (NFP 68) macht in einer kürzlich erschienenen Medienmitteilung klar: «Bedroht ist der Boden in der Schweiz durch Verdichtung, Erosion, den Verlust an organischer Substanz und Biodiversität sowie den Eintrag von Schad- und Nährstoffen. **Die grösste Gefahr geht jedoch vom Bau von Siedlungen und Infrastrukturen aus**, in dessen Folge Boden entfernt oder versiegelt wird und die Bodenfunktionen komplett ausfallen. Betroffen sind qualitativ hochwertige Böden am Siedlungsrand und ausserhalb der Bauzone.»

Jede Sekunde geht in der Schweiz ein Quadratmeter Kulturland verloren. Damit auch ein Teil der Grundlage für die Ernährung. Die Zersiedelungsinitiative will dies stoppen. Bauzonen sollen nicht mehr weiterwachsen und ausserhalb der Bauzonen soll nur noch gebaut werden, was wirklich nötig ist. Dies betrifft auch die Landwirtschaft, die in der Raumplanung eine Doppelrolle einnimmt; einerseits ist sie auf Boden für die Lebensmittelproduktion angewiesen, auf der anderen Seite verbaut sie selber Flächen. Zwar sind die Flächen deutlich geringer als für Siedlungen, aber nicht vernachlässigbar. Gemäss den Daten der Arealstatistik haben Industrie- und Gewerbe zwischen 1979–1985 und 2004–2009 ungefähr gleichviel Kulturland in Anspruch genommen wie die Landwirtschaft.²

Ausserhalb der Bauzonen dürfen nur noch Bauten für eine bodenabhängige Landwirtschaft bewilligt werden. Die Kleinbauern-Vereinigung unterstützt diese Forderung, denn **eine standortgerechte, bäuerliche und nachhaltige Lebensmittelproduktion denkt in regionalen Kreisläufen und ist immer bodengebunden**. Eine bodenunabhängige Landwirtschaft hingegen basiert auf Futtermittelimporten und führt zu Nährstoffüberschüssen. Die Bundesverfassung hält schon heute fest: Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schafft der Bund Voraussetzungen für die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes und eine standortangepasst und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion.³

Es wird immer wieder behauptet, mit der Initiative seien keine Gewächshäuser in der Landwirtschaftszone mehr möglich. Dem ist nicht so. Gewächshäuser können weiterhin erstellt werden, wenn die Produktion bodenabhängig ist, d.h. die Pflanzen im Boden verwurzelt sind.

Zu unserer Lebensgrundlage Boden müssen wir alle Sorge tragen und jetzt Verantwortung übernehmen. Die Zersiedelungsinitiative bietet endlich wirksame Massnahmen zum Schutz unseres Bodens und dient damit der Schweizer Landwirtschaft.

¹ NFP 68

http://www.snf.ch/de/fokusForschung/newsroom/Seiten/news_181217_medienmitteilung_nfp68_qualitaet_der_boeden_langfristig_erhalten.aspx

² Bundesamt für Statistik: Arealstatistik

³ Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft Art. 104a

Markus Schwegler

Afin d'enrayer l'étalement urbain et de protéger les précieuses terres cultivées, des mesures urgentes s'imposent. Ce que la révision de la loi sur l'aménagement du territoire n'a pas encore permis de réaliser le sera grâce à l'initiative Stop Mitage qui est une recette efficace pour un développement durable du milieu bâti.

Un sol sain est inestimable pour nous tous et ne peut être remplacé par rien d'autre. En plus de servir de base à la production alimentaire, les sols offrent également un large éventail de services écosystémiques, tels que la production d'eau potable, la protection contre les risques naturels tels que les inondations ou les glissements de terrain, et la protection du climat. Le Programme national de recherche "Utilisation durable de la ressource sol" (PNR 68) indique clairement dans un récent communiqué de presse : "En Suisse, les sols sont menacés par le compactage, l'érosion, la perte de matière organique et de biodiversité ainsi que par l'apport de polluants et de substances nutritives. Le plus grand danger, cependant, vient de la construction d'agglomérations et d'infrastructures, qui entraînent la disparition ou l'imperméabilisation des sols et l'échec complet de leurs fonctions. Les sols concernés sont de grande qualité à la lisière des communes et à l'extérieur de la zone à bâtir."

En Suisse, un mètre carré de terres cultivées est perdu chaque seconde. C'est donc aussi une partie de la base de la nutrition. L'initiative Stop Mitage veut mettre un terme à cette situation. Les zones à bâtir ne doivent pas continuer à se développer et, en dehors des zones à bâtir, il ne faut construire que ce qui est vraiment nécessaire. Cela vaut également pour l'agriculture, qui joue un double rôle dans l'aménagement du territoire : d'une part, elle dépend de la terre pour la production alimentaire et, d'autre part, elle utilise la terre elle-même. Bien que les superficies soient nettement plus petites que pour l'urbanisation, elles ne sont pas négligeables. Selon les statistiques de superficie, entre 1979-1985 et 2004-2009, l'industrie et le commerce ont enlevé à peu près la même superficie de terres cultivées que l'agriculture.

En dehors des zones à bâtir, seuls les bâtiments destinés à l'agriculture dépendante du sol peuvent être autorisés. L'Association des petits paysans soutient cette demande, car une production alimentaire locale, rurale et durable doit être pensée en cycles régionaux et est toujours liée au sol. L'agriculture indépendante du sol, en revanche, est basée sur les importations d'aliments pour animaux et génère des excédents d'engrais. La Constitution fédérale stipule déjà aujourd'hui qu'afin d'assurer l'approvisionnement alimentaire de la population, la Confédération met en place les conditions nécessaires pour assurer la base d'une production agricole, en particulier pour les terres cultivées, et d'une production alimentaire adaptée aux sites et efficace en ressources⁴.

Il a été affirmé à plusieurs reprises que l'initiative n'autorisera plus les serres dans la zone agricole. Ce n'est pas le cas. Des serres peuvent encore être construites si la production dépend du sol, c'est-à-dire si les plantes sont enracinées dans le sol.

Nous devons tous prendre soin du sol comme base de notre existence et prendre nos responsabilités maintenant. L'initiative Stop Mitage offre enfin des mesures efficaces pour la protection de nos sols et sert ainsi l'agriculture suisse.



Redetext, Thomas Hardegger

Fehlanreize des Raumplanungsgesetzes (RPG) stoppen

Das revidierte RPG hat zwar einige Verbesserungen gebracht, aber bei weitem nicht die Erwartungen erfüllt, die mit der Landschaftsinitiative 2008 angestrebt worden waren. Insbesondere enthält das 2014 in Kraft getretene RPG Fehlanreize, die den weiteren Landverschleiss und ineffiziente Bodennutzung begünstigen.

So erwartet das RPG, dass weiterhin ständig ein Bauzonenvorrat für 15 Jahre (Art. 15) vorhanden ist und um das zu gewährleisten, sollen mindestens alle 10 Jahre die Richtpläne überprüft und angepasst werden (Art 9). Damit werden die Kantone und Gemeinden belohnt, die eine besonders ineffiziente Bodennutzung zulassen. Im Weiteren gibt es viele Bestimmungen, die leichtfertig Ausnahmen und grosszügige Ermessensspielräume zulassen, gerade auch für das Bauen ausserhalb der Bauzonen.

Die Zersiedlungsinitiative will hier Gegensteuer geben. Schon die Landschaftsinitiative verlangte 2008, dass die Kantone zu grosse Bauzonen verkleinern und bestehendes, brachliegendes Bauland effizienter nutzen müssten. Dies ist bis heute unerfüllt geblieben.

Es wird ein haushälterischer Umgang mit Boden versprochen – doch täglich verschwinden weiterhin grossflächig grüne Wiesen durch Bauvorhaben. Mit der Zersiedlungsinitiative wird die Notbremse gezogen. Zahlreiche Abstimmungen zu Boden-, Kulturland- und Wohnpolitik in Kantonen und Gemeinden zeigen, dass die Bevölkerung ein Umdenken bei der Nutzung des Bodens und beim Landverschleiss will.

Nachhaltige Siedlungsentwicklung in den Gemeinden wird nicht verhindert

Niemand behauptet, die Zersiedlungsinitiative wäre einfach umzusetzen, doch nur mit einem Einzonungsmoratorium werden Bundesrat und Parlament gezwungen, die notwendigen Instrumente zu schaffen, die Kulturland und naturnahe Landschaften schützen.

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Gemeinden und Kantonen bleibt weiterhin möglich, aber nur, wenn der haushälterischen Nutzung von Grund und Boden tatsächlich Sorge getragen wird. Es sind genügend unternutzte Zonen und Industriebrachen vorhanden, die zum Teil bereits gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind.

Dazu braucht es aber eine regionale Betrachtungsweise. Nicht jede Kleinstgemeinde braucht eine Industriezone, ein Einkaufszentrum und ein Villenviertel. Damit die unterschiedlichen Bedürfnisse an Bauland zwischen den Gemeinden, Regionen und Kantonen ausgeglichen werden können, sind Abtausche von Ein- und Auszonungen gemeinde- und kantonsübergreifend mit entsprechenden finanziellen Anreizen und Ausgleichen zu schaffen. Nur wenn genügend Druck dazu besteht, provoziert es Bundesrat und Parlament, geeignete Werkzeuge dazu zu schaffen.

Brachliegende oder schlecht ausgenützte Areale bekämen durch die Einführung eines Einzonungsmoratoriums einen höheren Stellenwert und die qualitative Erneuerung und Aufwertung der Quartiere würde begünstigt.

Steigende Miet- und Landpreise endlich wirksam bekämpfen

Die Gegner der Initiative fürchten Entwicklungsstopp, Bodenspekulation und steigende Mietpreise. Beides wird verhindert, wenn die Politik wegweisend handeln wollte.

Zum Entwicklungsstopp:

Im Kanton Zürich wurde im Juni 2012 die Kulturlandinitiative von der Bevölkerung deutlich angenommen. Das provozierte ein 5-jähriges Einzonungsmoratorium. Wurde die Bauwirtschaft lahmgelegt? Natürlich sind einige Vorhaben, die auf zusätzlichen Einzonungen basierten, blockiert worden. Nüchtern betrachtet, kann aber festgehalten werden, dass kein Schaden entstanden ist, im Gegenteil; der Wert der eingezonten, schlecht ausgenutzten Areale haben einen höheren Stellenwert erhalten und zur effizienteren Nutzung des bestehenden Siedlungsgebietes beigetragen.

Zu Spekulation, steigenden Miet- und Bodenpreisen:

Die gleichen politischen Kräfte, die jetzt mit steigenden Miet- und Bodenpreisen drohen, haben bis jetzt immer alle Vorstösse bekämpft, die verhindern wollten, dass spekulatives – auch ausländisches Geld in den Immobilienmarkt fliesst und das Wohnen verteuert wird. Gerade die effiziente Nutzung des Bodens, mehr Einfluss der Gemeinden und Kantone auf die Liegenschaftspolitik und ein griffiges Mietrecht, wären wirksame Mittel gegen Preissteigerungen. Auch hier könnten mit der Zersiedelungsinitiative schneller griffige Massnahmen provoziert werden.

Thomas Hardegger

Mettre fin aux mauvaises incitations de la loi sur l'aménagement du territoire (LAT)

Bien que la révision de la LAT ait apporté certaines améliorations, elle est loin de répondre aux attentes de l'Initiative du paysage de 2008. En particulier, la LAT, qui est entrée en vigueur en 2014, contient des mesures incitatives malavisées qui favorisent la dégradation et l'utilisation inefficace des terres.

Par exemple, la LAT prévoit qu'un stock permanent de zones constructibles reste disponible pendant 15 ans (art. 15), et pour ce faire, les plans directeurs devraient être révisés et adaptés au moins tous les 10 ans (art. 9). Les cantons et les communes qui autorisent une utilisation particulièrement inefficace des sols sont ainsi récompensés. En outre, il existe de nombreux règlements qui autorisent des exceptions par négligence et laissent une grande marge de manœuvre, en particulier pour la construction à l'extérieur des zones à bâtir.

L'initiative sur l'étalement urbain vise à contrer ce phénomène. Dès 2008, l'initiative paysage exigeait des cantons qu'ils réduisent la taille des zones à bâtir trop grandes et qu'ils utilisent plus efficacement les terrains à bâtir en jachère existants. Cet objectif n'a pas été atteint à ce jour.

Il est régulièrement promis que le sol sera traité de manière durable, mais chaque jour de grandes prairies verdoyantes continuent à disparaître à la suite de projets de construction. Avec l'initiative Stop Mitage, cela ne sera plus possible. De nombreux votes sur les sols, les terres cultivées et la politique du logement dans les cantons et les communes montrent que la population veut repenser l'utilisation des sols et lutter contre leur dégradation.

Le développement durable du milieu bâti au sein des communes n'est pas empêché.

Personne ne prétend que l'initiative Stop Mitage sera facile à mettre en œuvre, mais ce n'est qu'avec un moratoire des zones à bâtir que le Conseil fédéral et le Parlement seront obligés de créer les instruments nécessaires pour protéger les terres cultivées et les paysages naturels.

Le développement économique durable dans les communes et les cantons reste possible, mais seulement si l'utilisation économique des terres est réellement prise en compte. Il y a suffisamment de zones à bâtir sous-utilisées et de friches industrielles, dont certaines sont déjà bien desservies par les transports publics.

Toutefois, cela nécessite une approche régionale. Toutes les petites communes n'ont pas besoin d'une zone industrielle, d'un centre commercial et d'un quartier de villas. Afin d'équilibrer les différents besoins en terrains à bâtir entre les communes, les régions et les cantons, des échanges de zones à bâtir doivent être créés entre les communes et les cantons avec des incitations financières et des compensations appropriées. Ce n'est que lorsqu'il y a suffisamment de pression que le Conseil fédéral et le Parlement pourront créer les outils appropriés.

Les zones en jachère ou mal exploitées deviendraient plus importantes grâce à l'introduction d'un moratoire de zonage et le réaménagement qualitatif des quartiers seraient encouragés.

Lutter enfin efficacement contre la hausse des loyers et du prix des terrains

Les opposants à l'initiative craignent un gel du développement, la spéculation foncière et l'augmentation des loyers. Les deux sont évités si les politiciens agissent de manière innovante.

A l'arrêt de développement :

Dans le canton de Zurich, l'initiative pour les terres agricoles (Kulturlandinitiative) a été clairement acceptée par la population en juin 2012. Cela a provoqué un moratoire de 5 ans. L'industrie de la construction at-elle été paralysée ? Bien sûr, certains projets basés sur un zonage supplémentaire ont été bloqués. Cependant, si l'on considère objectivement, on peut affirmer qu'il n'y a pas eu de dommages. Au contraire, la valeur des zones à bâtir mal exploitées est devenue plus importante et a contribué à une utilisation plus efficace de la zone à bâtir existante.

A la spéculation, à la hausse des loyers et des prix des terres :

Les mêmes forces politiques qui brandissent la menace aujourd'hui d'augmenter les loyers et les prix des terrains ont toujours lutté jusqu'à présent contre toutes les tentatives visant à empêcher la spéculation - y compris étrangère - d'entrer sur le marché immobilier et de rendre le logement plus cher. L'utilisation efficace des terres, une plus grande influence des communes et des cantons sur la politique immobilière et un droit de bail efficace, en particulier, seraient des moyens efficaces de contrer les hausses de prix. Ici aussi, l'initiative Stop Mitage pourrait entraîner plus rapidement des mesures plus efficaces.

Redetext, Lisa Mazzone



Mit der Zersiedelungsinitiative stoppen wir den Unsinn, weiterhin Strassen zu bauen, um Staus zu ernten.

Zwischen 1985 und 2009 verschwand in der Schweiz das Äquivalent der Fläche des Genfersees unter Beton. Im gleichen Zeitraum stieg die Fläche der Autobahnen um fast die Hälfte und die der Parkplätze um mehr als die Hälfte.

Heute ist rund ein Drittel der in der Schweiz gebauten Landfläche mit Verkehrsinfrastruktur belegt, 90 % dieser Fläche machen Strassen aus, gegenüber etwa 10 % bei der Eisenbahn. Während jedoch ein Bahnhof ein Lebensraum ist, um den herum eine kompakte und freundliche Entwicklung stattfindet, kann man dies von Strassen nicht behaupten.

Diese Verbreitung geht mit Belästigungen einher und ruiniert die Lebensqualität: Staus, Lärm, Luftverschmutzung und Klimaverschlechterung sind die täglichen Folgen der Zersiedelung des Territoriums. Nehmen wir ein Beispiel, das ich gut kenne: Auch wenn der Kanton Genf bei der Anwendung des RPG ein ziemlich guter Schüler ist, gräbt und plant er dennoch Straßen inmitten einer Landwirtschaftszone oder in Naturräumen von nationaler Bedeutung für den Schutz der Flora, ein Unsinn, dem die Initiative Einhalt gebietet.

Deshalb unterstützt der VCS die Zersiedelungsinitiative seit Anfang. Je kompakter die bebaute Umgebung ist, desto weniger Straßen müssen gebaut werden, um sie zu erschliessen. Das reduziert den Straßenverkehr und seine Belästigungen. So ist es nicht verwunderlich, dass die Pkw-Besitzquote in den Großstädten sinkt und zwischen 2007 und 2015 um 12% sinkt. In Basel (33%), Zürich (35%), Lausanne oder Genf (37%) ist es einfach, auf ein Auto zu verzichten. Durch die Reduzierung der Entfernungen zwischen Haus, Arbeit und Aktivitäten vermeiden wir die Abhängigkeit vom Privatwagen.

Die Initiative fördert die Entwicklung von Kurzstrecken im Landesinneren und in der Stadt, die es ermöglicht, mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß oder mit dem Fahrrad nicht nur angenehm, sondern auch effizient und sehr schnell zu reisen. Dank der Initiative wird, der in den städtischen Zentren beobachtete Trend zur Demotorisierung auch dazu führen, dass die Zahl der Parkplätze, abnimmt. Die von der Initiative geförderten nachhaltigen Quartiere sind der beste Weg, um Kurztrips zu fördern, da alles in der Nähe ist: einige Geschäfte, Cafés, Grünflächen, öffentliche Dienste und angepasste Wohnungen.

Das Gebiet ist ein Reichtum, der jedem von uns gehört. Bei der Initiative Zersiedelungsinitiative geht es darum, dass es so bleibt.

Lisa Mazzone

Grâce à l'initiative STOP MITAGE, on abandonne la recette qui nous a menés dans le mur : semer des routes pour récolter des bouchons

Entre 1985 et 2009, c'est l'équivalent de la surface du lac Léman qui a disparu sous le béton en Suisse. La conséquence de ce mitage est une explosion des déplacements. La preuve : durant la même période, la surface des autoroutes a augmenté de près de moitié et celle des parkings de plus de moitié.

Aujourd'hui, environ un tiers des surfaces bâties en Suisse sont occupées par les infrastructures de transport. Et les routes sont de loin les plus gourmandes en territoire, puisqu'elles représentent près de 90% de cette surface, contre quelque 10% pour les chemins de fer. Si les routes étalent, le train concentre. Une gare est un lieu de vie, autour duquel un développement compact et convivial a lieu. On ne peut pas en dire autant d'un échangeur autoroutier !

Cet étalement s'accompagne de nuisances et ruine la qualité de vie : bouchons, bruit, pollutions de l'air et détérioration du climat sont le lot quotidien du mitage du territoire. Prenons un exemple que je connais bien : si le canton de Genève est plutôt bon élève dans son application de la LAT, il n'en reste pas moins qu'il creuse et planifie des routes en pleine zone agricole ou sur des milieux naturels d'importance nationale pour la protection de la flore, un non sens auquel l'initiative met un frein.

C'est pour cette raison que l'Association Transports et Environnement soutient depuis le début l'initiative STOP MITAGE. Plus le milieu construit est compact et moins il faut développer les routes pour en assurer la desserte. Cela réduit la circulation routière et ses nuisances. Pas étonnant dès lors que le taux de motorisation chute dans les grandes villes, reculant de 12% entre 2007 et 2015. A Bâle (33%), Zurich (35%), Lausanne ou Genève (37%), on peut aisément se passer de la voiture. En réduisant les distances entre le lieu de vie, de travail et les activités, on s'épargne la dépendance à la voiture individuelle.

L'initiative promeut le développement vers l'intérieur et la ville des courts trajets, qui permet de se déplacer en transports publics, à pied ou à vélo de manière non seulement agréable, mais aussi efficace et très rapide.

Grâce à l'initiative, la tendance à la démotorisation observée dans les centres urbains pourra aussi se traduire par une réduction du grignotage du territoire par les parkings. Les quartiers durables qui sont favorisés par l'initiative sont la meilleure façon de promouvoir les déplacements courts, car tout se trouve à proximité : quelques commerces, des cafés, des espaces verts, des services publics et des appartements adaptés.

Le territoire est une richesse qui appartient à chacune et à chacun d'entre nous. L'initiative STOP MITAGE, c'est garantir que personne ne se l'accapare.

NOTES ATE

L'ATE soutient cette initiative car un frein à l'étalement urbain est indispensable à l'essor d'une mobilité respectueuse du climat.

Moins de routes

Moins d'étalement urbain signifie aussi moins de routes. Plus le milieu construit est compact, moins il faut de routes pour en assurer la desserte – réduisant ainsi la circulation routière et les embouteillages, tout en ménageant l'environnement. Les espaces verts et les précieuses surfaces de culture restent ainsi préservés.

Moins de dépendance à l'automobile

Plus les distances entre le domicile, le bureau, les commerces et les espaces de loisirs sont courtes, moins on dépend d'une voiture. Afin de garantir un développement intérieur de qualité du milieu habitable et une mobilité durable, il est indispensable de pouvoir compter sur des voies de communication favorables aux piétons et aux cyclistes, ainsi que sur une bonne desserte par les transports publics.

Moins de places de parc

Dans la plupart des cantons, les nouveaux immeubles d'habitation doivent être dotés d'un nombre de places de parc minimum. Cette obligation est un problème lorsque la demande en places est inférieure à l'offre prescrite. C'est pourquoi l'initiative vise notamment à assouplir cette obligation, afin de réduire les surfaces asphaltées.

Davantage de quartiers durables

L'initiative vise à créer les conditions favorables à l'instauration de quartiers d'habitation durables – autrement dit, de quartiers offrant des appartements de toutes dimensions et pour des besoins divers, des locaux d'utilité publique, des espaces pour l'artisanat, des cafés et des lieux de détente publics. En outre, l'habitat durable favorise les voies de communication courtes.

Quelques chiffres

De 1985 à 2009, la surface des autoroutes a augmenté de 49% et celle des parkings de 55%.

De 1985 à 2009, le pourcentage des surfaces couvertes de bâtiments et de routes ont autant augmenté en dehors des zones à construire qu'à l'intérieur des zones à construire. (bâtiments + 32%, transports + 15%).

Les infrastructures de transport monopolisent environ un tiers des surfaces bâties en Suisse : les routes représentent 88% de cette surface, les chemins de fer seulement 10%.

Dans les zones les moins densément construites, à peine 20% des déplacements se font à pied ou avec les transports publics. Dans les zones les plus densément construites, ce taux s'élève à 50%.

Stand 2018: Zersiedelung ungebremst



Hat das neue Raumplanungsgesetz die Zersiedelung gestoppt? Oder zumindest gebremst? Ein Überblick über die neusten Statistiken zeigt leider ein anderes Bild.

Das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG), das am 3. März 2013 in der Volksabstimmung angenommen wurde, wird in der Raumplanungsdebatte häufig als Beleg dafür genommen, dass das Zersiedelungsproblem gelöst sei. Dass das Gesetz aber nicht in der Lage ist, den Flächenverbrauch zu bremsen, zeigt sich an seiner zentralen Bestimmung: Die Gemeinden dürfen jeweils Bauland für einen voraussichtlichen Bedarf von 15 Jahren ausgeschieden haben. Während diese Reserven aufgebraucht werden, kann neues Bauland eingezont werden. Je schneller die Grünflächen überbaut werden, desto schneller wird also die Bauzone erweitert. Damit war von Beginn weg absehbar, dass die bisherige Entwicklung im grossen Ganzen fortgeschrieben würde. Der folgende Überblick über die aktuellsten Zahlen zeigt, dass sich die Befürchtungen bestätigt haben. Die Zersiedelung geht weiter, eine Trendwende hat mit dem RPG nicht stattgefunden. Als nächsten politischen Schritt braucht es daher eine Bestimmung, welche die Grösse der Bauzonen beschränkt, wie sie die Zersiedelungsinitiative vorsieht. Damit würde das RPG vervollständigt und ein haushälterischer Umgang mit dem Boden erreicht.

Verschiedene Datenquellen ergeben insgesamt ein Bild über die Siedlungsentwicklung seit der Annahme des RPG:

Die Arealstatistik des Bundes wird zwar nur in Abständen von zehn Jahren erhoben. Die neuesten Daten der Erhebung 2013/2018 zeigen aber, dass das Siedlungswachstum weitergegangen ist. Die Fläche für Gebäude und Verkehr ist seit der letzten Erhebung 2004/2009 um 10 Prozent gewachsen.⁴ Das Bundesamt für Raumentwicklung hält in seinem kürzlich erschienenen Bericht⁵ fest, dass die gesamte Siedlungsfläche weiterhin stark wächst. Die Wachstumsrate ist konstant geblieben, wenn auch die Bevölkerung etwas stärker gewachsen ist. Gleichzeitig stellt das ARE aber fest, dass die Fläche für das Wohnareal in den letzten Jahren noch schneller gewachsen ist als zuvor. Die Wachstumsrate des Wohnareals ist dabei sogar höher als das Bevölkerungswachstum. Im November 2018 gab das BFS ausserdem bekannt, dass jedes Jahr eine Grünfläche von 2700 Fussballfeldern überbaut wird.⁶

Mit der Gebäudestatistik des Bundes⁷ lässt sich die Entwicklung seit 2013 noch genauer abgrenzen.⁸ Folgende Grafiken zeigen die Entwicklung der Neubauten in der Schweiz. Eine Trendwende lässt sich seit 2013 nicht beobachten. Die Anzahl der Gebäude wächst in gleichem Tempo weiter. Auch an der Zusammensetzung des Gebäudeparks ändert sich nichts:

⁴ BFS (2018). Arealstatistik 2013/2018. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/erhebungen/area/2013-18.html> Die Flächen für Gebäude und Verkehr ergeben sich aus den Kategorien «Gebäude» und «befestigte Flächen».

⁵ ARE (2018). Trends und Herausforderungen: Zahlen und Hintergründe zum Raumkonzept Schweiz.

⁶ BFS (2018). Siedlungsflächen wachsen weiter, aber langsamer. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt.assetdetail.6646451.html>

⁷ BFS (2017). Gebäude nach Gebäudekategorie sowie Bauperiode und Geschosszahl. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/gebaeude.assetdetail.3822746.html>

⁸ Die Gebäudestatistik hat den Vorteil, dass sie nicht die Bautätigkeit als solche als Mass für die Zersiedelung nimmt, da Bauen mehr oder weniger effizient sein kann. Die Statistik bezieht sich explizit auf die Anzahl der Gebäude sowie deren Art nach Anzahl Geschossen und ist daher sehr robust. Wird z.B. ein Gebäude mit nur zwei Stockwerken durch eines mit vier Stockwerken ersetzt, besteht eine aktive Bautätigkeit. Der Wohnraum nimmt zu, die Anzahl Gebäude aber nicht, weshalb auch der Einfluss auf die Zersiedelung allerhöchstens minim ist. Die Gebäudestatistik berücksichtigt solche Aspekte auf korrekte Weise.

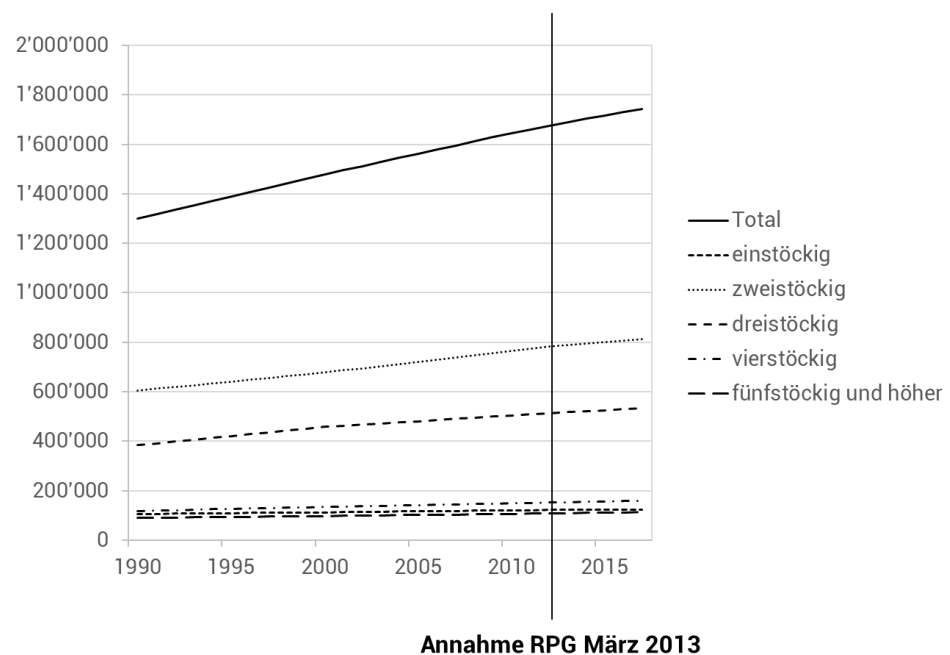
Der Grossteil des Gebäudeparks wird durch drei- und vor allem durch zweistöckige Bauten bestritten. Daran hat auch die Entwicklung der letzten Jahre nichts geändert. Das Wachstum der Gebäudezahl wurde fast ausschliesslich durch zwei- und dreistöckige Bauten verursacht. Die Zahl der vier- und fünfstöckige Gebäude wächst hingegen kaum. Betrachtet man die Anteile der Gebäudetypen am Total der Gebäude, so ist der Einfluss des RPG ebenfalls nicht sichtbar. Alle Typen verharren auf ihrem Anteil, womit sich die Dominanz der zweistöckigen Gebäude fortsetzt.

Die Gebäudestatistik berücksichtigt die Entwicklung bis Ende 2017. Wie das Bundesamt für Statistik⁹ ausserdem mitteilt, sind die Bauausgaben im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr real um weitere 1.4 Prozent gestiegen. Dabei nahmen vor allem die Investitionen in Neubauprojekte zu. Werden die privaten Auftraggeber gesondert betrachtet, stiegen die Investitionsausgaben für Neubauprojekte sogar um 2.3 Prozent.

Grafik 1

Die Entwicklung der Anzahl Gebäude vor und nach der Annahme des RPG

Quelle: BFS (2018)

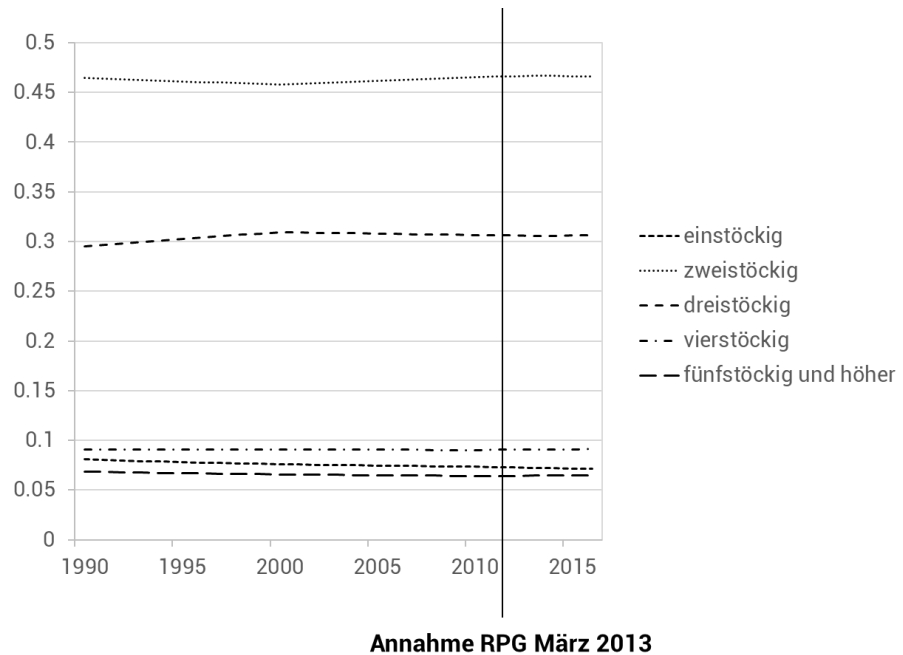


⁹ BFS (2018). Hochbauprojekte lassen Bauausgaben erneut ansteigen. Medienmitteilung vom 16.07.2018. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-71602.html>

Grafik 2

Die Entwicklung der Anteile der Gebäudetypen vor und nach der Annahme des RPG

Quelle: BFS (2018)



Ebenfalls neue Zahlen liefert die erste umfassende Erhebung zu den Bauzonen eines Kantons. In der dieses Jahr erschienenen Flächenpotenzialanalyse¹⁰ vergleicht das Amt für Raumentwicklung des Kantons St.Gallen einen Zeitraum vor Inkrafttreten des RPG (2011-2014) mit der Zeit danach (2014-2017). Das Total der Bauzonen ist in der zweiten Periode gleich stark gewachsen wie in der ersten. Dennoch stellt der Bericht einen starken Rückgang der Siedlungsreserven vom ersten zum zweiten Zeitraum fest. Das bedeutet, dass eine starke und wenig bodenschonende Bautätigkeit zum Verbrauch der Siedlungsreserven geführt hat. Dies geschah sogar vor dem Hintergrund, dass das Bevölkerungswachstum in der zweiten Periode tiefer war als in der ersten.¹¹ Hinzu kommt, dass das RPG die Siedlungsentwicklung nach innen proklamiert. Demnach hätten die Siedlungsreserven aufgrund von neu erschlossenen inneren Reserven eigentlich wachsen statt schrumpfen müssen. Es wurde seit 2014 im Vergleich zur Vorperiode also mehr statt weniger Fläche überbaut.

Das Beispiel des Kantons St.Gallen bestätigt ebenfalls, dass das RPG nicht in der Lage ist, den Flächenverbrauch zu bremsen. Angesichts der Perspektive, dass mit zunehmender Überbauung der Reserven weitere Flächen eingezont werden, besteht für Gemeinden, Kantone und Bauherren nur ein sehr geringer Anreiz, haushälterischer mit dem Boden umzugehen.

Die Zersiedelungsinitiative schliesst diese Lücke des RPG, indem es die Bauzone insgesamt nicht mehr weiterwachsen lässt. Nachdem das RPG zu einer Festlegung der Bauzonen auf eine geeignete Grösse führt, ist die Initiative der logische zweite Schritt, der das RPG vervollständigt. Sie fordert, dass Neueinzonungen von Bauland durch eine entsprechende Auszonung an einem anderen Ort ausgeglichen werden. Zusätzlich begrenzt sie das Bauen ausserhalb der Bauzonen auf die standortgebundenen Bauten des öffentlichen Interesses und der bodenabhängigen Landwirtschaft. Eine qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen wird durch die Förderung nachhaltiger Quartiere und den Abbau regulatorischer Hürden ermöglicht. Die Initiative wird von den Grünen und Jungen Grünen, Pro Natura, Bio Suisse, dem VCS, dem Hausverein, der Kleinbauernvereinigung, der SP und weiteren Verbänden und

¹⁰ Kanton St.Gallen (2018). Raum+ St.Gallen: Ergebnisbericht der Flächenpotenzialanalyse für den Kanton St.Gallen 2017.

¹¹ BFS (2018). Bilanz der ständigen Wohnbevölkerung nach Kanton, 1991-2016.

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/stand-entwicklung.assetdetail.3222015.html>

Parteien getragen. Heimatschutz, WWF und Greenpeace unterstützen die Initiative ebenfalls. Die Ja-Parole empfiehlt auch die Klimaallianz, die aus über 70 Organisationen besteht.

Für Rückfragen:

Basil Oberholzer, Initiativkomitee

basil.oberholzer@zersiedelung-stoppen.ch

079 904 33 84